



Junge Liberale

Weinheim-Schriesheim

18. Oktober 2009

Abschaffung Umweltzone und Stärkung des ÖPNV

Die Jungen Liberalen fordern, die Umweltzonen in den Städten abzuschaffen und stattdessen den ÖPNV durch ein zusätzliches, attraktives Angebot, vor allem nachts, zu stärken.

Begründung:

In den letzten beiden Jahren sind in einigen Städten in Baden-Württemberg, so z.B. auch in Mannheim, sog. Umweltzonen eingerichtet worden. In den Umweltzonen dürfen nur noch PKW und LKW fahren, die einen bestimmten Schadstoffausstoß unterschreiten und die eine entsprechende Plakette besitzen. Ist dies nicht der Fall, können die Halter noch bis 2012 eine Ausnahmegenehmigung beantragen. Danach gibt es für Halter, deren Fahrzeuge einen höheren Schadstoffausstoß haben, keine Möglichkeit mehr, die Innenstädte zu befahren, wenn sie keine Ordnungswidrigkeit begehen wollen.

Ziel der Einrichtung der Umweltzonen ist es, die Luftqualität in den Innenstädten zu verbessern.

Die Umweltzonen werden dieser Zielsetzungen jedoch nicht gerecht. Nachdem erste Ergebnisse vorliegen, ist klar, dass die Umweltzonen kaum etwas bewirken. Die Luftqualität in den Innenstädten ist zwar geringfügig besser geworden. Diese Verbesserungen mit 3-4% sind aber so minimal, dass es sich dabei auch lediglich um Messfehler handeln kann.

Dass die Umweltzonen keine deutliche Verbesserung der Luftqualität bewirken können, liegt unter anderem daran, dass der Fahrzeugverkehr in den Innenstädten nur einen Bruchteil der Luftverschmutzungen bewirkt. Vor allem Haushalte und nahegelegene Fabriken stellen wesentlich stärkere Verschmutzer dar. Ihnen wird durch die Umweltzonen jedoch kein Einhalt geboten. Außerdem trägt der Wind, auf

den ebenfalls keine Einflussnahme möglich ist, einen Großteil der Schadstoffe herbei.

Unterm Strich heißt das also, dass die Umweltzonen kaum zur Verbesserung der Luftqualität beitragen. Daneben bringen die Zonen aber einige Nachteile mit sich.

Zulieferer von Geschäften in den Innenstädten sowie Handwerker und andere Kleinbetriebe und Anwohner sowie Kaufwillige stehen vor dem Problem, dass sie die Innenstädte bald nicht mehr mit älteren Fahrzeugen befahren können. Die Nachrüstung der Fahrzeuge ist zwar grundsätzlich möglich, aber nicht für jeden Geldbeutel bezahlbar. Hier trägt ein falsch verstandener Umweltschutz zur Diskriminierung und Abstieg breiter Bevölkerungsschichten bei. Viele müssen um ihre Existenz bangen, weil sie sich ein neues Fahrzeug nicht leisten können. Der volkswirtschaftliche Schaden, der dadurch entsteht, dass voll fahrtaugliche Fahrzeuge, die keine Plakette mehr bekommen, im Zweifel verschrottet werden müssen, beläuft sich bei sieben Millionen Fahrzeughaltern auf insgesamt ca. 12 Milliarden Euro. Dazu kommen der Aufwand für Druck und Ausgabe der Plaketten. Durch die Umweltzonen wird weiterhin die heute dringend erforderliche berufliche Bewegungsfreiheit weiter Bevölkerungsteile eingeschränkt. In zahlreichen Städten, besonders nachts, gibt es neben dem eigenen Fahrzeug keine annehmbare Fortbewegungsalternative, da Busse und Bahnen nicht mehr regelmäßig fahren, sodass Berufstätige nicht mehr zur und von der Arbeit nach Hause kommen.

Im Verhältnis zwischen bürokratischem Aufwand und minimalem Nutzen der Umweltzonen ist zu empfehlen, diese Fehlzündung wieder abzuschaffen, und stattdessen das Bewusstsein der Menschen für ein umweltverträgliches Leben zu stärken, indem ihnen Alternativen zum Auto in der Innenstadt aufgezeigt werden. Eine solche Alternative ist der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.